

1 **H1 neu**

2 **Antragssteller: Bundesvorstand**

3

4 **Beschäftigung schaffen! Wachstumskräfte stärken!**  
5 **Reichtum gerecht verteilen!**

6

7 1. Einleitung

8 Ökonomisches Wachstum, d.h. die Zunahme der produzierten Güter und  
9 Dienstleistungen, bedeutet einen Zuwachs des gesellschaftlichen Reichtums und  
10 stellt eine notwendige Bedingung für eine realistisch erreichbare Umverteilung von  
11 oben nach unten dar. Seit Mitte der 1970er Jahren ist in Westeuropa jedoch ein  
12 sukzessiver Rückgang der mehrjährigen durchschnittlichen Wachstumsraten zu  
13 verzeichnen, wesentlich, da aufgrund eines anhaltenden Nachfragemangels die  
14 gesellschaftlichen Wachstumspotentiale nicht ausgeschöpft wurden. Diese  
15 Ursachenanalyse deutet schon darauf hin, dass der Wachstumsrückgang (zumindest  
16 in dem tatsächlich stattgefundenen Umfang) auf die Unfähigkeit der Politik zurück zu  
17 führen ist, die Wachstumskräfte entsprechend zu fördern.

18

19 2. Wachstumspessimismus der Linken überwinden

20 Mit der tatsächlichen Wachstumsreduktion ging ein aufkeimender  
21 Wachstumspessimismus (eines Teils) der politischen Linken einher. Ausgehend von  
22 dem 1972 erschienen Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome  
23 wurde dabei die ökologische Dimension als Hauptargument gegen den bislang  
24 vorherrschenden Wachstumsoptimismus hervorgehoben. Neben der Begrenztheit  
25 der Ressourcen, haben seit den 1980er vor allem die Umweltverschmutzung und der  
26 einsetzende Klimawandel die Notwendigkeit einer veränderten Wachstumsdebatte  
27 deutlich gemacht. Die ökologische Dimension zeigt, dass die wirtschaftspolitische  
28 Diskussion nicht nur über die Höhe des Wirtschaftswachstums geführt werden darf,  
29 sondern auch über die Art und Weise, welche Güter und Dienstleistungen für wen  
30 produziert werden.

31

1 Nachhaltiges Wachstums darf aber nicht mit einer Verzichtslgik verwechselt  
2 werden. Für die Stärkung der Binnennachfrage, zur Bekämpfung von  
3 Massenarbeitslosigkeit, steigender Armut und des Phänomens der „working poor“ ist  
4 es wichtig, nach Jahren der Stagnation für einen ökonomischen Wachstumsschub zu  
5 sorgen. Dabei gilt es, insbesondere jene „ausgewählte Wachstumsfelder“ zu fördern,  
6 die ein ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum ermöglichen. Wachstum ist  
7 möglich und nötig, aber nur qualitativ programmiertes und nachhaltiges  
8 Wirtschaftswachstum kann auch beschäftigungswirksam und sozial integrativ sein.

9  
10 Sinnvolles Wachstum sollte sich deshalb auf qualitativ hochwertige Dienstleistungen  
11 (Gesundheitsbereich, Kultur) sowie dem Umweltbereich konzentrieren. Entscheidend  
12 für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Verarmung und sozialer Spaltung ist jedoch  
13 die solidarisch gerechte Verteilung des Sozialprodukts und der Arbeitszeit.

### 14 15 3. Arbeit für alle heißt das Ziel

16 Am Anfang jeder Arbeitsmarktpolitik steht ein politisch-ökonomisches Vorverständnis:  
17 Ist Vollbeschäftigung, also die möglichst weitgehende Einbeziehung der  
18 erwerbsfähigen Bevölkerung, ein wünschenswertes und erreichbares Ziel. Die  
19 Geschichte gibt hierzu keine eindeutige Antwort. So ist der ökonomischen  
20 Entwicklung der letzten 200 Jahre ein historisch beispielloses Wachstum der  
21 Produktivität eigen. Entsprechend sind viele bisherige Arbeitsgelegenheiten  
22 weggefallen. Die Weiterentwicklung der Bedürfnisse und die Einbeziehung  
23 zusätzlicher Bereiche in die gesellschaftliche Arbeit, namentlich bei Dienstleistungen,  
24 hat dies jedoch immer wieder kompensiert. Dazu kommt, dass die Arbeitszeit zentrale  
25 Stellschraube ist, um alle vom Produktivitätswachstum profitieren zu lassen, ohne sie  
26 aus dem Erwerbsarbeitssystem auszuschließen.

27  
28 Eine produktivere Gesellschaft kann und muss sich mehr Freizeit, längere  
29 Ausbildung und einen langen Ruhestand leisten. So sind weder steigende  
30 Produktivität noch sinkendes Arbeitsvolumen zwingende Argumente dafür, dass  
31 Vollbeschäftigung unmöglich ist.

32  
33 Der Blick ins Ausland zeigt, dass Massenarbeitslosigkeit kein Ergebnis anonymer  
34 Mächte wie „der Globalisierung“ ist. Schließlich haben andere Länder wesentlich

1 höhere Beschäftigungsquoten und eine niedrigere Arbeitslosigkeit erreicht. Dies gilt  
2 vor allem auch für die sozialstaatlichen Hochlohnländern Skandinaviens. Die  
3 Beispiele dieser Länder zeigen, dass eine solche Entwicklung sich nur politisch  
4 vermittelt vollziehen kann und nicht das Ergebnis eines unregulierten Marktprozesses  
5 ist. Gerade hier sehen wir eine SPD-geführte Bundesregierung in der Pflicht.

6  
7 Die Vertrauenskrise sozialdemokratischer Politik erklärt sich wesentlich daraus, dass  
8 sie die Möglichkeiten der politischen Gestaltung vernachlässigt hat und sich  
9 bestenfalls auf die Abfederung einer vermeintlich unabänderlichen „Globalisierung“  
10 beschränkt hat. Die anstehende Richtungswahl zwischen sozialer Gerechtigkeit und  
11 Marktradikalismus muss daher den Gestaltungsanspruch wieder betonen.

#### 12 13 4. Wachstumsschwäche auf dem Binnenmarkt überwinden

14 Die Weltkonjunktur befindet sich auf Wachstumskurs: um real 3,8% ist die  
15 Wirtschaftsleistung im Jahr 2004 gestiegen und für dieses Jahr werden 3 %  
16 vorausgesagt. Davon bleibt die Entwicklung in Deutschland mit weniger als 1 %  
17 weitgehend abgekoppelt.

18  
19 Während die USA und die skandinavischen Länder mit einer de facto keynesianisch  
20 inspirierten Fiskal- und Geldpolitik die Wirtschaftskrise erfolgreich bekämpfen  
21 konnten, droht der Bundesrepublik die Deflationsfalle. Die skandinavischen Länder  
22 belegen zudem, dass sich (wie im Fall der USA) die staatliche Nachfrage nicht  
23 ausschließlich auf Rüstungsprojekte stützen muss und die Lohn disparitäten der USA  
24 nicht alternativlos sind.

25  
26 Ursächlich für die stagnative Entwicklung in Deutschland ist, dass das bescheidene  
27 Wachstum in den vergangenen ausschließlich vom Außenbeitrag (Überschuss im  
28 Außenhandel mit Gütern und Dienstleistungen) getragen wurde. Anders formuliert:  
29 Die Konjunktur ist schwach, aber der Standort ist stark und wettbewerbsfähig.  
30 Unzulänglich ist die Entwicklung der Binnenkonjunktur. Der private und staatliche  
31 Konsum stagnieren. Verantwortlich hierfür sind vor allem, dass seit mehreren Jahren  
32 die Entwicklung der Reallöhne hinter dem Produktivitätswachstum zurückbleibt sowie  
33 nachfragefeindliche Entscheidungen der Politik (Deckelung der Kosten für  
34 Gesundheitswesen, Renten- und Arbeitsmarktpolitik).

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34

Die reine Exportorientierung der Bundesrepublik Deutschland dokumentiert zwar eindrucksvoll die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Landes, insgesamt kann aber aufgrund der ausbleibenden Binnennachfrage kein Wachstumsimpuls gesetzt werden. Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Situation kann eine interne Geldschöpfung (also kreditfinanzierte Investitionen oder Konsum des privaten und/oder staatlichen Sektors) zusätzliche monetäre Nachfrage entfalten.

## 5. Wachstum für Wohlstand und Beschäftigung

Eine alternative Konzeption der Wachstumsfelder der Zukunft muss die Erhöhung der Beschäftigung und der Lebensqualität berücksichtigen und ein Programm für die daniederliegende Binnenwirtschaft beinhalten. Unterstützt werden muss sie um eine konjunkturgerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik, eine vernünftige Geldpolitik der EZB, die Ausweitung der öffentlichen Investitionen sowie eine Diskussion über Eingriffe in die Verfügungsgewalt (Investitionslenkung).

Neben dem Ausbau des Dienstleistungssektors wird weiterhin der sekundäre Sektor eine bedeutende Rolle spielen, so dass eine moderne Industriepolitik vonnöten ist. Gerade qualifizierte Dienstleistungen sind häufig komplementär zur sekundären Produktion, so dass eine Deindustrialisierung nicht unser Ziel sein kann. Dass ohne den industriellen Kern jegliche Entwicklung schwierig ist, zeigt sich insbesondere in den Neuen Ländern. Entsprechend sind Wirtschaftsprogramme auf diese Sondersituation auszurichten, ebenso wie in anderen Regionen mit Strukturproblemen angepasste Programme aufzulegen sind.

## 6. Aktionsplan für Beschäftigung

Die Konjunktur ist zu schwach, die Arbeitslosigkeit ist zu hoch und der Standort ist stark und wettbewerbsfähig. Die scheinbar paradoxe Ausgangslage ist durch einen Aktionsplan für Beschäftigung zu überwinden. Hierfür treten wir für folgende Bausteine ein.

- Ein kommunales Investitionsprogramm der Bundesregierung in Höhe von je 20 Mrd. Euro für die nächsten 5 Jahre soll dem Verfall der kommunalen Infrastruktur

1 entgegenwirken. Das Programm soll insbesondere in den Feldern ökologische  
2 Modernisierung und Sanierung einen Beitrag für mehr Beschäftigung und eine  
3 verbesserte Lebensqualität beitragen.

4  
5 - Die Binnennachfrage leidet unter stagnierenden Löhnen. Eine gerechtere  
6 Einkommensverteilung ist ein Beitrag zur Stärkung der Massenkaukraft.  
7 Entsprechend ist eine Umverteilung von Reichtum nicht nur aus Gründen der  
8 Gerechtigkeit geboten, sie ist vor allem ökonomisch sinnvoll. Die Steuerpolitik ist  
9 entsprechend auszurichten, ein Beispiel hierfür sind die Erbschaftssteuer sowie eine  
10 Revitalisierung von Vermögenssteuer und der Gewerbesteuer.

11  
12 - In Deutschland sind viele Menschen zu lange arbeitslos, wodurch vielfach ein  
13 Teufelskreis entsteht. Denn der langjährige Ausschluss von Menschen von der  
14 Erwerbsarbeit zerstört deren Beschäftigungsfähigkeit selbst für den Zeitpunkt, in dem  
15 ihnen wieder Arbeit angeboten werden könnte. Die „Reservearmee“ des  
16 Arbeitsmarktes ist immer schwerer zu mobilisieren, je stärker das  
17 Qualifikationsniveau der gesellschaftlichen Arbeit steigt. Viele Arbeitslose sind wegen  
18 Krankheit, Behinderung, Kinderbetreuung und Dequalifizierung kaum noch  
19 beschäftigungsfähig. Auch wenn klassische Instrumente öffentlich geförderter  
20 Beschäftigung wie ABM nicht immer erfolgreich waren, so ist gerade die aktive  
21 Arbeitsmarktpolitik zu stärken. Zwar wird rhetorisch immer wieder auch das Fördern  
22 betont, bei den Betroffenen kam hier bisher kaum etwas an. Deshalb bedarf es  
23 kurzfristiger Änderungen an den Arbeitsmarktreformen (Hartz IV), insbesondere bei  
24 den älteren Arbeitnehmern und an den Zumutbarkeitsregelungen. Darüber hinaus  
25 brauchen wir ein verstärktes Förderelement. Neben den vorgeschlagenen  
26 Instrumenten zur Schaffung von Beschäftigung gehört dazu die Stärkung der  
27 Bildungsmaßnahmen für Arbeitslose und Beschäftigte, der den Einstieg in die eine  
28 Arbeitsversicherung darstellt.

29  
30 - Arbeitszeitverkürzung muss bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wieder  
31 eine stärkere Rolle einnehmen. Hier sind die Tarifparteien gefordert und wir  
32 unterstützen die Gewerkschaften in ihrer Anstrengung gegen eine Verlängerung der  
33 Arbeitszeit. Arbeitszeitverkürzung kann durch Politik unterstützt werden. Beispielhaft  
34 schlagen wir einen Innovationsfond „Arbeit gerecht verteilen“ für kleine und mittlere

1 Betriebe vor, bei denen eine tarifvertraglich vereinbarte drastische Reduzierung der  
2 wöchentlichen Arbeitszeit zu einer veränderten Kostenstruktur führt.

3

4 - Die Massenarbeitslosigkeit wird täglich von den Arbeitgebern als Druckmittel gegen  
5 Löhne und Arbeitsstandards eingesetzt. Praktisch hat dies in vielen Branchen dazu  
6 geführt, dass Hungerlöhne gezahlt werden und tarifliche Standards illegal unterlaufen  
7 werden. Branchendifferenzierende gesetzliche Mindestlöhne können zusätzlich zu  
8 einer Ausweitung des Entsendegesetzes dieser Entwicklung Einhalt gebieten.